

Weilinger (Hrsg)

# VZKG

Verbraucherzahlungsgesetz

---

Kurzkommentar

MANZ 

MANZSCHE KURZKOMMENTARE

**Verbraucherzahlungsgesetz**



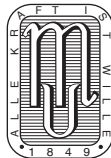
# Verbraucher- zahlungskontogesetz (VZKG)

KURZKOMMENTAR

herausgegeben von

**o. Univ.-Prof. DDr. Arthur Weinger**

Vorstand des Instituts für Recht  
der Wirtschaft der Universität Wien



Wien 2016

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

**Zitiervorschlag:**

Langzitat:

*BearbeiterIn* in *Weilinger* (Hrsg), Verbraucherzahlungskontogesetz (2016)  
§ . . . Rz . . .

*Tuder* in *Weilinger* (Hrsg), Verbraucherzahlungskontogesetz (2016) § 8 Rz 14

Kurzzitat:

*BearbeiterIn* in *Weilinger*, VZKG § . . . Rz . . .

*Tuder* in *Weilinger*, VZKG § 8 Rz 14

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung des Herausgebers, der Autorinnen und Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten jedoch selbstverständlich gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

ISBN 978-3-214-02109-2

© 2016 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien

Telefon: (01) 531 61-0

E-Mail: [verlag@manz.at](mailto:verlag@manz.at)

[www.manz.at](http://www.manz.at)

Druck: FINIDR, s.r.o., Český Těšín

## Vorwort des Herausgebers

Das **Verbraucherzahlungsgesetz (VZKG)** wurde mit BGBl I 2016/35 am 8. 6. 2016 kundgemacht und ist zum überwiegenden Teil am 18. 9. 2016 in Kraft getreten. Mit dem neuen Bundesgesetz über Verbraucherzahlungskonten hat der österreichische Gesetzgeber die Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen vom 23. 7. 2014 (RL 2014/92/EU) umgesetzt.

Im Konkreten sollen mit dem neuen VZKG drei Ziele erreicht werden: eine bessere Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten durch eine gesteigerte Transparenz bei den anfallenden Gebühren, die Erleichterung eines Zahlungskontowechsels und der Zugang zu einem Konto mit grundlegenden Funktionen für jeden Verbraucher (sogenanntes „Basiskonto“). Einzige Voraussetzung für den Rechtsanspruch auf das „Basiskonto“ ist es, dass sich die Person dafür legal in der EU aufhält, womit ua auch Obdachlosen und Asylwerbern ein Recht auf ein derartiges Konto zukommt. Es soll somit vor allem sozial bedürftigen Personen ermöglicht werden, vollständig am sozialen und wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft teilzunehmen.

Die traditionelle Bankenbranche ist derzeit durch die immer stärker werdende Konkurrenz von sogenannten Financial-Technology-Unternehmen (FinTechs) und umfassender Reglementierungen des europäischen Gesetzgebers in einem tiefgreifenden Wandel begriffen. Dabei gerät auch das klassische Filialsystem durch den harten Preiskampf im Bereich der Zahlungskonten immer mehr unter Druck. Mit dem VZKG werden den Zahlungsdienstleistern nun weitere Verpflichtungen in diesem Bereich auferlegt. Dieser Kurzkomentar soll vor allem denjenigen, die diese neuen Bestimmungen anzuwenden haben, als erste Hilfestellung dienen und für einen sicheren Umgang mit diesen sorgen.

Gemeinsam mit dem Verlag MANZ gelang es, in kürzester Zeit für dieses „junge“ Gesetz einen schon so umfangreichen Kurzkomentar zu realisieren. Als Autorinnen und Autoren konnten hierfür glücklicherweise auch zahlreiche Personen gewonnen werden, die unmittelbar in

den Gesetzwertungsprozess eingebunden waren. So setzt sich das Autorenteam nicht nur aus Bearbeiterinnen aus dem Bereich der Wissenschaft zusammen, sondern umfasst insbesondere auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, der Finanzmarktaufsicht, der Bundesarbeitskammer und des Verfassungsgerichtshofes. Der laufende Gedankenaustausch der Autorinnen und Autoren untereinander legte zudem zahlreiche bestehende Interpretationsspielräume offen, welche in der Folge von den Autorinnen und Autoren mit entsprechenden Lösungsansätzen versehen wurden. Es wird mit Spannung zu erwarten sein, wie diese von der Praxis aufgenommen werden. Zu einigen offenen Punkten wird natürlich die Rechtsprechung ein abschließendes Urteil zu fällen haben.

An dieser Stelle möchte ich mich als Herausgeber auch ganz herzlich bei allen beteiligten Autorinnen und Autoren für ihre Mitarbeit und ihren tatkräftigen Einsatz bedanken. Mein besonderer Dank gebührt Herrn Univ.-Ass. Mag. *Georg Tuder*, Assistent am Institut für Recht der Wirtschaft, welcher die Betreuung des vorliegenden Werkes sowie die Koordination zwischen den Autorinnen und Autoren und dem Verlag übernommen hat. Für den Einsatz betreffend die Erstellung der Verzeichnisse und Übersichten möchte ich Frau Stud.-Ass. *Mirjam Holuschka* und Herrn Stud.-Ass. *Richard Franz* meinen Dank aussprechen. Mein Dank gilt ebenso dem Verlag MANZ für die wie gewohnt hervorragende und kompetente Zusammenarbeit, wodurch ein rasches Erscheinen dieses Kommentars zum noch „jungen“ Verbraucherzahlungskontogesetz möglich war. Im Besonderen möchte ich mich schließlich auf Seiten des Verlages bei Herrn Mag. *Christian Giendl*, welcher als Ansprechpartner stets zur Verfügung stand und bei Frau Mag. *Sandra Veltzé* für ihre hervorragende Lektoratsarbeit und Betreuung dieses Projektes bedanken.

Ziel ist es, diesen Kommentar laufend zu aktualisieren und zu verbessern. Daher bin ich für Kritik und Anregungen aller Art von Seiten der Leserschaft immer dankbar. Sie erreichen mich unter [arthur.weilinger@univie.ac.at](mailto:arthur.weilinger@univie.ac.at).

Wien, im November 2016

*Arthur Weilinger*

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort des Herausgebers .....	V
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren .....	XI
Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter .....	XIII
Abkürzungsverzeichnis .....	XV
Literaturverzeichnis .....	XXIII

## **Bundesgesetz über die Vergleichbarkeit von Entgelten für Verbraucherzahlungskonten, den Wechsel von Verbraucherzahlungskonten und den Zugang zu Verbraucherzahlungskonten mit grundlegenden Funktionen**

### **(Verbraucherzahlungskontogesetz – VZKG)**

#### **1. Hauptstück**

##### **Allgemeine Bestimmungen**

Vor § 1 .....	1
§ 1. Regelungsgegenstand .....	11
§ 2. Begriffsbestimmungen .....	14
§ 3. Anwendungsbereich .....	32
§ 4. Unwirksame Vereinbarungen .....	40

#### **2. Hauptstück**

##### **Vergleichbarkeit der Entgelte für Zahlungskonten**

###### **1. Abschnitt**

###### **Informationspflichten des Zahlungsdienstleisters**

§ 5. Unentgeltlichkeit der Information .....	45
§ 6. Entgeltinformation und Glossar .....	51
§ 7. Zahlungskonten im Paket mit anderen Produkten oder Diensten .....	65



## **Inhaltsverzeichnis**

---

§ 8.	Entgeltaufstellung	84
§ 9.	Verwendung firmeneigener Bezeichnungen	126

### **2. Abschnitt**

#### **Vergleichswebsite der Bundesarbeitskammer**

§ 10.	Übertragung	139
§ 11.	Entgeltvergleich	144
§ 12.	Teilnahme am Entgeltvergleich	165
§ 13.	Datenverwendung	169

### **3. Hauptstück**

#### **Kontowechsel**

§ 14.	Bereitstellung eines Kontowechsel-Service	171
§ 15.	Informationen zum Kontowechsel-Service	188
§ 16.	Ermächtigung und Einleitung zum Kontowechsel	204
§ 17.	Pflichten des übertragenden Zahlungsdienstleisters	222
§ 18.	Pflichten des empfangenden Zahlungsdienstleisters	241
§ 19.	Erleichterung der grenzüberschreitenden Kontoeröffnung	254
§ 20.	Entgelte für den Kontowechsel-Service	267
§ 21.	Haftung für Schäden des Verbrauchers	290

### **4. Hauptstück**

#### **Zugang zu Zahlungskonten**

§ 22.	Nichtdiskriminierung	303
§ 23.	Recht auf Zugang zu einem Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen	318
§ 24.	Ablehnungsgründe	335
§ 25.	Merkmale eines Zahlungskontos mit grundlegenden Funktionen	345
§ 26.	Entgelte	360
§ 27.	Rahmenverträge und Kündigung	381
§ 28.	Allgemeine Informationen und Unterstützungsleistungen	400

### **5. Hauptstück**

#### **Zuständige Behörde**

§ 29.	Aufgaben der FMA	408
§ 30.	Verpflichtung zur Zusammenarbeit	423
§ 31.	Berufsgeheimnis	432

**6. Hauptstück**  
**Straf- und Schlussbestimmungen**

§ 32.	Strafbestimmungen .....	436
§ 33.	Verweise und Verordnungen .....	454
§ 34.	Sprachliche Gleichbehandlung .....	459
§ 35.	Vollziehung .....	463
§ 36.	Inkrafttreten .....	466
§ 37.	Umsetzung von Unionsrecht .....	472

**Anhang 1**

Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zur Festlegung von Gruppen sozial oder wirtschaftlich besonders schutzbedürftiger Verbraucher (VZKG-V) .....	473
--	-----

**Anhang 2**

Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. 7. 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen .....	477
Stichwortverzeichnis .....	545



## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Univ.-Ass. MMag. **Clemens Bernsteiner**, LL. M., Institut für Recht der Wirtschaft, Universität Wien

Mag. **Simon Ellmauer**, BSc MJur, Finanzmarktaufsicht

Dr. **Alexander Forster**, Verfassungsrechtlicher Mitarbeiter am Verfassungsgerichtshof

Mag. **Sebastian Frizel**, Finanzmarktaufsicht

MMag. **Thomas Haghofer**, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Dr. **Christian Knauder**, DLA Piper Weiss-Tessbach Rechtsanwälte GmbH

Univ.-Ass. Mag. **Bernhard Mazal**, Institut für Recht der Wirtschaft, Universität Wien

Univ.-Ass. Mag. **Martin Miernicki**, B.A., Institut für Recht der Wirtschaft, Universität Wien

Mag. **Christian Prantner**, Arbeiterkammer Wien

Mag.<sup>a</sup> **Katrin Repic**, Bakk., Finanzmarktaufsicht

Dr. **Susanne Riesenfelder**, Akademische Europarechtsexpertin, Finanzmarktaufsicht

Mag.<sup>a</sup> **Benedikta Rupprecht**, Arbeiterkammer Wien

Univ.-Ass. Mag. **Georg Tuder**, Institut für Recht der Wirtschaft, Universität Wien

o. Univ.-Prof. DDr. **Arthur Weilingner**, Institut für Recht der Wirtschaft, Universität Wien



## Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Univ.-Ass. MMag. Clemens Bernsteiner, LL. M.	§§ 17, 18
Mag. Simon Ellmauer, BSc MJur	§ 32
Dr. Alexander Forster	§ 22
Mag. Sebastian Frizel	§§ 1 – 4
MMag. Thomas Haghofer	§§ 23 – 28
Dr. Christian Knauder	§§ 20, 21
Univ.-Ass. Mag. Bernhard Mazal	§§ 16, 19
Univ.-Ass. Mag. Martin Miernicki, B.A.	§§ 14, 15
Mag. Christian Prantner	§§ 10 – 13
Mag. <sup>a</sup> Katrin Repic, Bakk.	§§ 5, 6
Dr. Susanne Riesenfelder	§§ 29 – 31
Mag. <sup>a</sup> Benedikta Rupprecht	§§ 10 – 13
Univ.-Ass. Mag. Georg Tuder	Vor § 1, §§ 4, 7 – 9, 22, 33 – 37
o. Univ.-Prof. DDr. Arthur Weilingner	Vor § 1, §§ 20, 21, 33 – 37



## Abkürzungsverzeichnis

aA	= andere Ansicht
ABB	= Allgemeine Bedingungen für Bankgeschäfte
ABGB	= Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch vom 1. 6. 1811 JGS 946
ABl	= Amtsblatt der Europäischen Union, Reihe C: Mitteilungen und Bekanntmachungen, Reihe L: Rechtsvorschriften, Reihe S: Ausschreibungen
Abs	= Absatz
AEUV	= Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union ABl C 2008/115, 47
aF	= alte Fassung
AGB	= Allgemeine Geschäftsbedingungen
AHG	= Amtshaftungsgesetz BGBl 1949/20
AKG	= Arbeiterkammergesetz 1992 BGBl 1991/626
AlVG	= Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 BGBl 1977/609
arg	= <i>argumento (folgt aus)</i>
Art	= Artikel
ASVG	= Allgemeines Sozialversicherungsgesetz BGBl 1955/189
AsylG	= Asylgesetz BGBl I 2005/100
BaFin	= (deutsche) Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsrecht
BAK	= Bundesarbeitskammer
BAO	= Bundesabgabenordnung BGBl 1961/194
Begr	= Begründung, -en
ber	= berichtigt (durch)
BG	= Bundesgesetz
BGB	= <i>siehe dBGB</i>
B-GlBG	= Bundes-Gleichbehandlungsgesetz BGBl 1993/100
BGBl	= Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich
BGBIG	= BG über das Bundesgesetzblatt 2004 BGBl I 2003/100
BKR	= (deutsche) Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht (2001 ff)



## Abkürzungsverzeichnis

---

BlgNR	= Beilage(n) zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
BM	= Bundesminister, -in, -ium
BMASK	= BM für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMF	= BM für Finanzen
BMG	= Bundesministeriengesetz 1986 BGBl 1986/76
BMI	= BM für Inneres
BMJ	= BM für Justiz
BörseG	= Börsengesetz 1989 BGBl 1989/555
bspw	= beispielsweise
B-VG	= Bundes-Verfassungsgesetz BGBl 1930/1
BWG	= Bankwesengesetz BGBl 1993/532
bzgl	= bezüglich
bzw	= beziehungsweise
cic	= culpa in contrahendo
COD	= Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (ex-Mitentscheidungsverfahren/ex-Codécision)
CRR	= Capital Requirements Directive (Verordnung über die Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung [EU] 646/2012, ABl L 2013/176, 1)
d	= deutsch/deutsche/deutscher/deutsches (vor einer anderen Abkürzung)
dBGB	= (deutsches) Bürgerliches Gesetzbuch dRGBL 1896, 195
dBGBL	= Bundesgesetzblatt für die Bundesrepublik Deutschland
Def	= Definition
dh	= das heißt
dRGBL	= (deutsches) Reichsgesetzblatt
DSG	= Datenschutzgesetz 2000 BGBl I 1999/165
dt	= deutsch/deutsche/deutscher/deutsches
EB	= Erläuternde Bemerkungen
EBA	= European Banking Authority
ebd	= ebenda
EBIC	= European Banking Industry Comitee
ecolex	= Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht (1990 ff)
EG	= Europäische Gemeinschaft(en)

EGBGB	=	Einführungsgesetz zum dBGB dRGl 1896, 604
E-GeldG	=	Bundesgesetz über die Ausgabe von E-Geld und die Aufnahme, Ausübung und Beaufsichtigung der Tätigkeit von E-Geld-Instituten BGBl I 2010/107
E-GeldG aF	=	Bundesgesetz über die Aufnahme, Ausübung und Beaufsichtigung der Tätigkeit von E-Geld Instituten BGBl I 2002/45
EIOPA	=	European Insurance and Occupational Pensions Authority
EK	=	Europäische Kommission
EMRK	=	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten BGBl 1958/210
ErläutRV	=	Erläuterungen zur Regierungsvorlage
ErwGr	=	Erwägungsgrund (bei EU-Richtlinien und -Verordnungen)
ESFS	=	Europäisches Finanzaufsichtssystem (engl: European System of Financial Supervision)
ESMA	=	European Securities and Markets Authority
etc	=	et cetera
EU	=	Europäische Union
EuGH	=	Europäischer Gerichtshof
EUV	=	Vertrag über die Europäische Union ABl C 1992/191, 1
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWK	=	Europäischer Wirtschaftsraum
EZB	=	Europäische Zentralbank
f	=	und der, die folgende
FernFinG	=	Fern-Finanzdienstleistungs-Gesetz BGBl I 2004/62
FeZG	=	Fernsprechentgeltzuschussgesetz BGBl I 2000/142
ff	=	und der, die folgenden
FIN-NET	=	Außergerichtliche Beschwerdeorgane im Bereich Finanzdienstleistungen
FMA	=	Finanzmarktaufsicht
FMABG	=	Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz BGBl I 2001/97
FN	=	Fußnote
FPG	=	Fremdenpolizeigesetz 2005 BGBl I 2005/100
gem	=	gemäß
GL	=	Guidelines

## Abkürzungsverzeichnis

---

GIBG	= Gleichbehandlungsgesetz BGBl 1979/108 (nunmehr: GBK/GAW-Gesetz)
GMG	= Gebrauchsmustergesetz BGBl 1994/211
GP	= Gesetzgebungsperiode
GRC	= Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRCh	= <i>siehe GRC</i>
grds	= grundsätzlich
hA	= herrschende Ansicht
Hrsg	= Herausgeber
IBAN	= International Bank Account Number
idF	= in der Fassung
idgF	= in der geltenden Fassung
idR	= in der Regel
ieS	= im engeren Sinne
insb	= insbesondere
IO	= Insolvenzordnung RGBI 1914/337 (frühere Konkursordnung, Umbenennung durch BGBl I 2001/29)
iS	= im Sinne
iSd	= im Sinne des, – der
iSv	= im Sinne von
iVm	= in Verbindung mit
iwS	= im weiteren Sinne
iZm	= im Zusammenhang mit
iZw	= im Zweifel
JBl	= Juristische Blätter (1872 – 1938, 1946 ff)
JR	= (deutsche) Juristische Rundschau (1925 – 1935, 1947 ff)
KMG	= Kapitalmarktgesetz BGBl 1991/625
krit	= kritisch
KSchG	= Konsumentenschutzgesetz 1979/140
KWG	= Kreditwesengesetz BGBl 1979/63; jetzt BWG
leg cit	= legis citatae ( <i>der zitierten Vorschrift</i> )
lit	= litera ( <i>Buchstabe</i> )
lt	= laut

mE	=	meines Erachtens
ME	=	Ministerialentwurf
MedienG	=	Mediengesetz BGBl 1981/314
MeldeG	=	Meldegesetz 1991 BGBl 1992/9
mind	=	mindestens
mVa	=	mit Verweis auf
mwH	=	mit weiteren Hinweisen
mwN	=	mit weiteren Nachweisen
NBG	=	Nationalbankgesetz 1984 BGBl 1984/50
NCA	=	National Competent Authority
Nr	=	Nummer
Ö	=	Österreich
ÖBA	=	Österreichisches Bankarchiv (1953 ff)
OeKB	=	Österreichische Kontrollbank
OeNB	=	Österreichische Nationalbank
OGH	=	Oberster Gerichtshof
ÖJZ	=	Österreichische Juristen-Zeitung (1946 ff)
ÖStZ	=	Österreichische Steuer-Zeitung (1948 ff)
ÖZW	=	Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (1974 ff)
PSD	=	Directive on Payment Services (ZahlungsdiensteRL)
RegE	=	Regierungsentwurf
RGG	=	Rundfunkgebührengesetz BGBl I 1999/159
RL	=	Richtlinie
Rs	=	Rechtssache
Rsp	=	Rechtsprechung
RV	=	Regierungsvorlage
Rz	=	Randziffer,-zahl
s	=	siehe
SanktG	=	Sanktionengesetz 2010 BGBl 2010/36
SE	=	Societas Europaea (Europäische Gesellschaft)
SEPA	=	Single Euro Payments Area
SigG	=	Signaturgesetz BGBl 1999/190
SN	=	Stellungnahme

## Abkürzungsverzeichnis

---

sog	=	sogenannt, -e, -er, -es
StGB	=	Strafgesetzbuch BGBl 1974/60
StGG	=	Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger RGBl 1867/142
StPO	=	Strafprozessordnung 1975 BGBl 1975/631
str	=	streitig
stRsp	=	ständige Rechtsprechung
StudFG	=	Studienförderungsgesetz 1992 BGBl 1992/305
TAN	=	Transaktionsnummer
TilgG	=	Tilgungsgesetz 1972 BGBl 1972/68
tw	=	teilweise
ua	=	und andere; unter anderem, -n
UAbs	=	Unterabsatz
udgl	=	und dergleichen
uE	=	unseres Erachtens
UN	=	United Nations
UStG	=	Umsatzsteuergesetz 1994 BGBl 1994/663
uU	=	unter Umständen
UWG	=	BG gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 BGBl 1984/448
V	=	Verordnung
va	=	vor allem
VAG	=	Versicherungsaufsichtsgesetz BGBl 1978/569
VAG 2016	=	Versicherungsaufsichtsgesetz 2016 BGBl I 2015/34
VbR	=	Zeitschrift für Verbraucherrecht (2013 ff)
VfGG	=	Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 BGBl 1953/85 (Legalabkürzung: BGBl I 2001/136)
VfGH	=	Verfassungsgerichtshof
VfSlg	=	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofs, Neue Folge (1921 – 1933, 1946ff)
vgl	=	vergleiche
VKrG	=	Verbraucherkreditgesetz BGBl I 2010/28 (Art 2)
VO	=	EG-Verordnung
VPI	=	Verbraucherpreisindex
VR	=	Informationen zum Verbraucherrecht

VStG	= Verwaltungsstrafgesetz 1991 BGBl 1991/52
VuR	= Verbraucher und Recht (deutsche Zeitschrift 1986 ff)
VwGG	= Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 BGBl 1985/10
VwGH	= Verwaltungsgerichtshof
VZKG	= Verbraucherzahlungskontogesetz BGBl I 2016/35
WAG	= Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 BGBl I 2007/60
WK StGB	= Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch
WM	= (deutsche) Wertpapier-Mitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht (1947 ff)
Z	= Zahl, Ziffer
ZaDiG	= Zahlungsdienstegesetz BGBl I 2009/66
ZAG	= (deutsches) Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz dBGBl I 2009, 1506
zB	= zum Beispiel
ZBB	= (deutsche) Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirt- schaft (1989 ff)
ZDL	= Zahlungsdienstleister
ZFR	= Zeitschrift für Finanzmarktrecht (2006 ff)
ZIP	= (deutsche) Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (1980 ff)
ZKG	= (deutsches) Zahlungskontogesetz dBGBl I 2016, 720
ZP	= Zusatzprotokoll



## Literaturverzeichnis

(Übersicht ausgewählter Werke, weiterführende Hinweise zu Beiträgen und Aufsätzen finden sich jeweils im Schrifttum für den einzelnen Paragraphen.)

*Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht II Konto und Depot<sup>2</sup> (2008)

*Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht III Zahlungsverkehr<sup>2</sup> (2008)

*Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht IV Kreditgeschäft<sup>2</sup> (2012)

*Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht VI Kapitalmarkt<sup>2</sup> (2007)

*Avancini/Iro/Koziol*, Österreichisches Bankvertragsrecht I (1987)

*Avancini/Iro/Koziol*, Österreichisches Bankvertragsrecht II (1993)

*Bischof/Eberhartinger* (Hrsg), Hybride Finanzierungsinstrumente (2005)

*Blaschek/Habersberger* (Hrsg), Eines Kredites würdig? (2010)

*Brandl/Saria* (Hrsg), Wertpapieraufsichtsgesetz (Loseblatt, ab 2008)

*Butschek/Unger*, Bankvertragsrecht (2010)

*Calliess/Ruffert* (Hrsg), EUV/AEUV, Das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Europäischer Grundrechtecharta<sup>5</sup> (2016)

*Casper/Terlau* (Hrsg), Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz, Das Aufsichtsrecht des Zahlungsverkehrs und des E-Geldes (2014)

*Deixler-Hübner/Kolba* (Hrsg), Handbuch Verbraucherrecht (2015)

*Dohr/Pollirer/Weiss/Knyrim* (Hrsg), Datenschutzgesetz – DSGVO (Loseblatt, ab 2002)

*Ellenberger/Findeisen/Nobbe* (Hrsg), Kommentar zum Zahlungsverkehrsrecht<sup>2</sup> (2013)

*Fenyves/Kerschner/Vonkilch* (Hrsg), Klang-Kommentar ABGB, KSchG (2006)

*Frost*, „Vorvertragliche“ und „vertragliche“ Schutzpflichten (1981)

*Gelbmann/Jungwirth/Kolba*, Konsumentenrecht und Banken (2010)

*Gruber/N. Raschauer* (Hrsg), Wertpapieraufsichtsgesetz – WAG (2010)



- Harrich*, ZaDiG, Zivilrechtliche Aspekte des Zahlungsdienstegesetzes (2011)
- Holoubek/Lienbacher* (Hrsg), GRC-Kommentar (2014)
- Höpfel/Ratz* (Hrsg), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch – StGB (Loseblatt, ab 2002)
- Iro/Koziol*, Allgemeine Bedingungen für Bankgeschäfte (2001)
- Jarass*, Charta der Grundrechte der EU<sup>3</sup> (2016)
- Kolba/Leupold*, Das neue Verbraucherrecht (2014)
- Kolonovits/Muzak/Stöger*, Grundriss des österreichischen Verwaltungsverfahrenrechts<sup>10</sup> (2014)
- Kienapfel/Höpfel/Kert*, Grundriss des Strafrechts. Allgemeiner Teil<sup>15</sup> (2016)
- Kletečka/Schauer* (Hrsg), ABGB-ON – Kommentar zum Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch (2010), laufende Onlineaktualisierung unter rdb.at
- Knyrim*, Datenschutzrecht<sup>3</sup> (2015)
- Koch/Reinicke*, Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz – ZAG<sup>3</sup> (2013)
- Korinek/Holoubek/Bezemek/Fuchs/Martin/Zellenberg* (Hrsg), Österreichisches Bundesverfassungsrecht (Loseblatt, ab 1999)
- Kosesnik-Wehrle* (Hrsg), Konsumentenschutzgesetz (KSchG) und Fern- und AuswärtsgeschäfteG<sup>4</sup> (2015)
- Koziol*, Grundfragen des Schadenersatzrechts (2010)
- Koziol*, Österreichisches Haftpflichtrecht – Band I: Allgemeiner Teil<sup>3</sup> (1997)
- Koziol/Bydlinski/Bollenberger* (Hrsg), Kurzkomentar zum ABGB<sup>4</sup> (2014)
- Koziol – Welser/Kletečka*, Bürgerliches Recht I<sup>4</sup> (2014)
- Kümpel/Wittig*, Bank- und Kapitalmarktrecht<sup>4</sup> (2011)
- Lang*, Informationen bei Wertpapierdienstleistungen (2003)
- Laurer/Borns/Strobl/M. Schütz/O. Schütz* (Hrsg), Kommentar zum Bankwesengesetz – BWG (Loseblattwerk, ab 2008)
- Leixner*, ZaDiG – Zahlungsdienstegesetz mit E-GeldG 2010<sup>2</sup> (2011)
- Lewisch/Fister/Weilguni* (Hrsg), Kommentar zum Verwaltungsstrafgesetz – VStG (2013)
- Mayer/Muzak*, Das österreichische Bundes-Verfassungsrecht – B-VG<sup>5</sup> (2015)

- Mayer/Kucsko-Stadlmayer/Stöger*, Grundriss des österreichischen Bundesverfassungsrecht<sup>11</sup> (2015)
- Meyer* (Hrsg), Charta der Grundrechte der Europäischen Union<sup>4</sup> (2014)
- Mosler/Müller/Pfeil* (Hrsg), Der SV-Komm (Loseblatt, ab 2013)
- Öhlinger/Eberhard*, Verfassungsrecht<sup>11</sup> (2016)
- Palandt* (Hrsg), Bürgerliches Gesetzbuch – BGB<sup>75</sup> (2016)
- Pesek*, Der Verbraucherkreditvertrag (2012)
- B. Raschauer*, Allgemeines Verwaltungsrecht<sup>4</sup> (2013)
- N. Raschauer/Wessely* (Hrsg), Kommentar zum Verwaltungsstrafgesetz<sup>2</sup> (2016)
- A. Reich-Rohrwig*, Aufklärungspflichten vor Vertragsabschluss (2015)
- Rummel/Lukas* (Hrsg), Kommentar zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch – ABGB<sup>4</sup> (2015)
- Schimansky/Bunte/Lwowski* (Hrsg), Bankrechts-Handbuch I<sup>3</sup> (2007)
- Schmolke*, Grenzen der Selbstbindung im Privatrecht (2014)
- Schwennicke/Auerbach* (Hrsg), Kreditwesengesetz (KWG) mit Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG)<sup>3</sup> (2016)
- Schwimann* (Hrsg), ABGB Taschenkommentar<sup>3</sup> (2015)
- Schwimann/Kodek* (Hrsg), ABGB Praxiskommentar<sup>4</sup> (2015)
- Straube/Ratka/Rauter* (Hrsg), Wiener Kommentar zum Unternehmensgesetzbuch – UGB<sup>4</sup> (2014)
- Thienel/Schulev-Steindl*, Verwaltungsverfahrenrecht<sup>5</sup> (2009)
- Torggler* (Hrsg), Kommentar zum Unternehmensgesetzbuch – UGB<sup>2</sup> (2016)
- Vonkilch*, Das Intertemporale Privatrecht (1999)
- Weilinger* (Hrsg), Kommentar zum Zahlungsdienstegesetz – ZaDiG (Loseblattwerk ab 2011)
- Weilinger*, Privatrecht<sup>5</sup> (2016)
- Welser/Zöchling-Jud*, Bürgerliches Recht II<sup>14</sup> (2015)
- Wendehorst/Zöchling-Jud*, Verbraucherkreditrecht (2010)
- Wiebe*, Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht<sup>3</sup> (2016)
- Wiebe/G. Kodek* (Hrsg), Kommentar zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb – UWG (Loseblatt, ab 2009)
- Winkler*, Zeit und Recht (1995)
- Zib/Russ/Lorenz* (Hrsg), Kapitalmarktgesetz (2008)



## Vor § 1

**Literatur:** Artz, Das Basiskonto für Verbraucher, ZBB 2016, 191; Bollenberger, Anmerkungen zum Kontrahierungszwang für Basiskonten, VbR 2016, 132; N. Brandstätter, Die Regierungsvorlage zum neuen Verbraucherzahlungskontogesetz, ZFR 2016, 257; Conreder/Schild, Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung der sog. Zahlungskontenrichtlinie, BKR 2016, 89; Findeisen, Das Zahlungskontengesetz – Auftrieb für den modernen Zahlungsverkehr und den Verbraucherschutz, WM 2016; 1765; Gondert/Huneke, Das Basiskonto nach dem ZKG: Subjektives Recht, objektive Aufsicht und rechtliche Durchsetzung, VuR 2016, 323; Grote, Der Rechtsanspruch auf ein Basiskonto nach dem Zahlungskontengesetz, ZInsO 2016, 1239; Günther, Girokonto für jedermann – Quo Vadis? WM 2014, 1369; Haghofer, Verbraucher erhalten ein Recht auf ein Basiskonto, VbR 2016, 73; Herresthal, Der Anspruch auf ein Basiskonto nach dem Zahlungskontengesetz (ZKG) – Die Privatautonomie auf dem Rückzug im Bankvertragsrecht, BKR 2016, 133; Herresthal, Die Kontowechselhilfe und die Instrumente zur Steigerung der Transparenz, BKR 2016, 221; Karasu/Stein, EU-Bankkontopakete lässt Chancen ungenutzt, Die Bank 12/2013, 42; Kunz, Neuerungen durch das Zahlungskontengesetz, Die Bank 6/2016; Lengauer/Weismann, Die Zahlungskonten-Richtlinie im Überblick, ZFR 2015, 564; Linardatos, Die Basiskonto-Richtlinie – Ein Überblick, WM 2015, 755; Piekenbrock, Das Zahlungskonto für jedermann und sein Preis: Der Sonderfall der Sparkassen, WM 2013, 1925; Rehulka, Das Basiskonto für alle, Raiffeisenblatt 6/2016, 6; Riesenfelder/Johler, Payment Accounts Directive kundgemacht, ZFR 2014, 218; Riesenfelder, Publikation neuer EBA-Leitlinien am 18. 3. 2015 zur „Liste der repräsentativsten auf nationaler Ebene entgeltpflichtigen mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste“ nach Art 3 Zahlungskonten-RL, ZFR 2015, 242; Rott, Das Basiskonto nach dem Entwurf des Zahlungskontengesetzes, VuR 2016, 3; Studer, Regierungsvorlage zum Verbraucherzahlungskontogesetz, ÖBA 2016, 328.

### Übersicht

	Rz
I. Aufgaben und Ziele der Richtlinie 2014/92/EU . . . . .	1
II. Umsetzung der EU-Richtlinie 2014/92/EU durch das VZKG . . . . .	8

### I. Aufgaben und Ziele der Richtlinie 2014/92/EU

Mit dem **Verbraucherzahlungskontogesetz (VZKG)**, welches mit dem BGBl I 2016/35 am 8. 6. 2016 kundgemacht wurde und in seinen

wesentlichen Teilen<sup>1</sup> am 18. 9. 2016 in Kraft getreten ist, wurde die Zahlungskonten-RL 2014/92/EU<sup>2</sup> in das nationale Recht umgesetzt. Die Richtlinie bezweckt vor allem, die derzeit **geringe Mobilität der Verbraucher** bei Zahlungskonten zu **erhöhen** und den **Zugang zu solchen Konten** sowohl innerstaatlich als auch grenzüberschreitend wesentlich zu **erleichtern**.<sup>3</sup> Sie ist **mindestharmonisierend ausgestaltet**, wodurch es den Mitgliedstaaten offen steht, auch strengere nationale Bestimmungen zum Schutz der Verbraucher beizubehalten oder vorzusehen.<sup>4</sup>

- 2 Obwohl das **Verfügen über ein Zahlungskonto** für die vollständige **Teilnahme am sozialen und wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft unerlässlich** ist, war es dennoch nicht für jeden möglich, schnell und einfach ein Zahlungskonto zu eröffnen.<sup>5</sup> Vor allem dann nicht, wenn es einem nicht möglich war, alle dafür erforderlichen Dokumente vorzulegen und man sich in einer schwierigen finanziellen Situation befand oder ansonsten nicht einer Gruppe der zukünftigen „Hoffnungsträger“ eines Zahlungsdienstleisters – wie etwa Studenten – angehörte. Ebenfalls war es bisher ein sehr aufwendiges Unterfangen, ein Konto in einem anderen Mitgliedstaat der EU zu eröffnen.
- 3 Eines der wesentlichsten Ziele der Zahlungskonten-RL ist es, jedem Verbraucher einen **Rechtsanspruch auf** ein sogenanntes „**Basiskonto**“ einzuräumen. Es handelt sich dabei um ein **Zahlungskonto**, welches **grundlegende Zahlungsfunktionen** beinhaltet, wie etwa die Ausführung von Einzahlungen, Überweisungen und Lastschriften. Der Gesetzgeber hat hierbei vorgesehen, dass von den Kreditinstituten für die Kontoführung **maximal ein Betrag von € 80,- im Jahr** in Rechnung gestellt werden darf. Bei sozial oder wirtschaftlich **beson-**

---

1 Lediglich die Bestimmungen §§ 6 und 8–13 traten nicht zu diesem Datum in Kraft. Näheres dazu siehe *Weilinger/Tuder* in *Weilinger, VZKG* § 36 Rz 7 ff.

2 RL 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. 7. 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen, ABl L 2014/257, 214.

3 RV 1059 BlgNR 25. GP 1; Erwägungsgrund (9).

4 RV 1059 BlgNR 25. GP 1; Erwägungsgrund (11).

5 Nach Schätzungen der Statistik Austria verfügen in Österreich rund 150.000 Menschen über kein eigenständiges Zahlungskonto.

**ders schutzbedürftigen Verbrauchern**<sup>6</sup> reduziert sich dieser Betrag für die Dauer ihrer besonderen Schutzbedürftigkeit noch einmal um die Hälfte, auf **€ 40,- pro Jahr**.<sup>7</sup> Einzige Voraussetzung für den Rechtsanspruch auf das „Basiskonto“ ist es, dass sich der Verbraucher dafür legal in der EU aufhalten muss, womit ua auch Obdachlosen und Asylwerbern ein Recht auf ein derartiges Konto zukommt. Mit der Einführung des „Basiskontos“ soll es somit vor allem sozial bedürftigen Personen ermöglicht werden, vollständig am sozialen und wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft teilzunehmen. Trotz des an sich bestehenden **Kontrahierungszwangs** ist darauf hinzuweisen, dass der Gesetzgeber zwei Gründe festgelegt hat, unter denen ein Kreditinstitut die Eröffnung eines Zahlungskontos mit grundlegenden Funktionen ablehnen kann.<sup>8</sup> Ein **Ablehnungsgrund** besteht für ein Kreditinstitut demnach dann, wenn der Antragsteller bereits Inhaber eines Zahlungskontos in Österreich ist oder gegen diesen wegen einer strafbaren vorsätzlichen Handlung zum Nachteil des Kreditinstituts oder eines seiner Mitarbeiter ein entsprechendes Verfahren anhängig ist.<sup>9</sup>

Der Verbraucher hat weiters das Recht, auch in allen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union – unabhängig von einem Wohnsitz oder einem sonstigen Anknüpfungspunkt – ein Zahlungskonto zu eröffnen und so die Vorteile des Binnenmarktes uneingeschränkt zu nutzen.<sup>10</sup> **4**

Außerdem sieht die Richtlinie auch **Informationspflichten über die Entgelte** für Verbraucherzahlungskonten vor. Um einem Verbraucher einen leichteren und zuverlässigen Vergleich der von den Zahlungsdienstleistern verlangten Entgelte zu ermöglichen, ist ihm vor Vertragsabschluss eine **Entgeltinformation** sowie mindestens einmal jährlich während der Vertragsabwicklung eine **Entgeltaufstellung** in einer einheitlichen Terminologie und in einem einheitlichen Format für die repräsentativsten mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste zur Verfügung zu stellen.<sup>11</sup> **5**

---

6 BGBl II 2016/55; Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) zur Festlegung von Gruppen sozial oder wirtschaftlich besonders schutzbedürftiger Verbraucher (VZKG-V).

7 RV 1059 BlgNR 25. GP 3.

8 Siehe § 24 Abs 1 Z 1 und 2.

9 Näheres siehe *Haghofer* in *Weilinger*, VZKG § 24.

10 RV 1059 BlgNR 25. GP 1.

11 RV 1059 BlgNR 25. GP 2.

Weilinger (Hrsg)

VZKG

## Verbraucherzahlungskontogesetz

Das Verbraucherzahlungskontogesetz 2016 (VZKG) setzt die Zahlungskonten-RL aus dem Jahr 2014 um. Mit dem darin vorgesehenen „Basiskonto“ wurde eine Einrichtung geschaffen, die erstmals jeder Person, welche sich rechtmäßig in der EU aufhält, einen Rechtsanspruch auf Zugang zu einem Zahlungskonto einräumt.

Das mit 18.9.2016 zum Großteil in Kraft getretene **Sondergesetz für Verbraucher**, beleuchten in diesem Kommentar Autoren aus den Bereichen der universitären Forschung, Finanzmarktaufsicht, Bundesarbeitskammer und Rechtsanwaltschaft.

Behandelt werden insbesondere:

- Anspruch auf ein **Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen** („Basiskonto“),
- **Transparenz aller Kosten** im Zusammenhang mit einem Zahlungskonto, verbunden mit einer **leichteren Vergleichbarkeit** der von den Zahlungsdienstleistern angebotenen Konten,
- **Kontowechsel** zu anderen Zahlungsdienstleistern.

(Informations-)Pflichten des Zahlungsdienstleisters, Haftung für Schäden sowie (Nicht-)Diskriminierung, Datenschutz und Kündigung sind weitere Themen. Nicht zuletzt sind die grundlegende Zahlungskonten-RL sowie die VZKG-V im Anhang zum Nachblättern abgedruckt.

o. Univ.-Prof. Dr. Dr. **Arthur Weilinger** lehrt Privatrecht mit Schwerpunkt Unternehmens- und Wirtschaftsrecht an der Universität Wien und ist Vorstand des Instituts für Recht der Wirtschaft.

[www.manz.at](http://www.manz.at)

ISBN 978-3-214-02109-2

